



# **Stadt Bedburg**

**Rede zur Beratung und Beschiebung des  
Entwurfs der Haushaltssatzung der Stadt Bedburg  
für das Haushaltsjahr 2010**

SPD Fraktion im Rat der Stadt Bedburg  
Heike Steinhäuser  
Fraktionsvorsitzende

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kollegen und Kolleginnen des Rates,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit Ihrem Haushaltsentwurf 2010, Herr Bürgermeister, Herr Kämmerer, muten Sie der Politik Erhebliches zu.

Sie, Herr Bürgermeister, mahnen uns, zur Entscheidungsfindung auf Lobbyismus zu verzichten. Das tun wir auch. Was wir allerdings auch tun, ist, auf die Bürgerinnen und Bürger Bedburgs zu hören, die mit diesem Haushalt ernst zu nehmende Probleme bekommen werden. Das ist unser Auftrag.

Niemand kann und wird behaupten, die Finanzkrise der Stadt Bedburg sei allein hausgemacht. Kommunale Finanzen hängen in den letzten Jahren immer mehr von übergeordneten Entscheidungen ab. Diese Entscheidungen wurden in den letzten Jahren maßgeblich von der CDU und der FDP getroffen, im Bund, im Land und im Kreis. Hinzu kommt fatales Missmanagement bei Entscheidungen multinationaler Konzerne und Banken – übrigens nicht unbedingt die Stammwähler der SPD.

All dies hat auch Einfluss auf diesen Haushalt. Es nutzt nichts, irgendetwas zu beschönigen. Unsere Lage ist katastrophal. Es muss die Frage erlaubt sein: War das vorauszusehen?

Habe ich bereits in meiner Haushaltsrede im vergangenen Jahr gesagt, dass die Finanzkrise auch in Bedburg stattfindet, so spekulierte der Bürgermeister bereits öffentlich mit Gewerbesteuereinnahmen aus der Sany-Ansiedlung - oder verkündete Ende 2009, dass er mit Optimismus aus der Krise komme.

Ich frage Sie, Herr Bürgermeister, allen Ernstes: Waren Sie von der Steuerschätzung wirklich schockiert? Es gab Amtskollegen in den Nachbarkommunen, die waren es jedenfalls nicht.

In Ihrem ersten Bürgermeistergespräch mit Vertretern von Vereinen und Eltern im März haben Sie gesagt, dass falsche Weichenstellungen 30% des Defizits ausmachen. Eine solche falsche Weichenstellung war der Erwerb des TOOM Marktes durch Ausübung des Vorkaufsrechtes.

Dass Sie, Herr Dr. Kippels, das schmerzt, kann ich verstehen. Haben Sie doch den Erwerb der Immobilie als Ortsvorsteher von Bedburg beantragt und tatsächlich eine vorhersehbare Bauchlandung gemacht.

Der Toom-Markt belastet den Haushalt mit jährlich 96.000 Euro Zinsen und durchschnittlichen Belastungen von 125.000 Euro. Alles in allem macht das pro Jahr nahezu eine Viertel-Million aus. Mieteinnahmen - wo seid ihr? Ob Sie das hören wollen oder nicht! Die beiden außerplanmäßigen Ausgaben für den Brandschutz in Höhe von einer halben Million scheinen schon fast vergessen. Dazu kommt noch das chaotische Hin und Her mit der Bowlingbahn.

Trotz falscher Weichenstellungen und negativer Rahmenbedingungen durch Bund und Land hat sich die SPD Fraktion intensiv mit dem Haushaltsentwurf beschäftigt. Wir hätten das gerne sogar noch intensiver getan. Leider haben Sie, Herr Bürgermeister, unsere Äußerungen gegenüber der Kölnischen Rundschau zum Anlass genommen, Ihre Unterstützung bzw. die des Kämmerers während der Klausurtagung der SPD-Fraktion zurückzuziehen. Offenbar sind Sie nicht in der Lage, Ihre Mitgliedschaft in der CDU, an deren Haushaltsberatungen Sie teilgenommen haben, und das Neutralitätsgebot Ihres Amtes unter einen Hut zu

bringen. Dass Sie als Bürgermeister einer Ratspartei Auskünfte zum Haushalt aufgrund einer politischern Äußerung verweigern, die von Ihnen und von Teilen der Mehrheitsfraktion inhaltlich geteilt wird, kann man durchaus als Missachtung des Rates bezeichnen.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei Herrn Baum und Herrn Eßer bedanken. Sie haben uns in einem Gespräch, vermutlich auf eigene Kappe, am 08.04. in sachlicher und souveräner Art unsere Fragen zum Haushalt beantwortet und unsere Vorschläge bewertet.

Vor diesem Hintergrund haben wir am 13.04. in einer langen Sitzung den Haushalt beraten. In einer der Sitzungsunterbrechungen boten Sie, Herr Bürgermeister, uns an, eine Gegenfinanzierung für die Beitragsfreiheit der 2. Stufe der Kindergartenbeiträge u.a. über eine Anhebung der Einkommensteuer darzustellen. Während der Sitzung haben Sie sodann diese Deckung aus einer höheren Gewerbesteuererwartung genommen.

Ihr Deckungsvorschlag, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer pauschal und mir-nichts-dir nichts zu erhöhen, ist willkürlich und damit sind die Zahlen geschönt.

Wir von der SPD Fraktion hatten vorgeschlagen, das Wahlgeschenk der CDU, der FDP, der Grünen und der FWG im Jahr 2009, die Grundsteuer B um 15 Prozentpunkte zu senken, zurückzunehmen. Dies wurde abgelehnt. Die Rücknahme hätte eine echte Einnahme in Höhe von ca. 120.000 Euro bedeutet.

Auch wenn Sie es als Applaus von der falschen Stelle betrachten werden, danken wir der FDP und den Grünen , die in ihrer Pressemitteilung vom 15.4. geschrieben haben:

*"Die Ausgaben der Stadt Bedburg sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Der Haushalt wurde in den letzten Jahren durch Einmalerlöse schöngerechnet, das kann in der derzeitigen Haushaltssituation nicht fortgeführt werden".*

*(Quelle: Gemeinsame Presseerklärung der FDP und Die Grünen)*

Das ist eine Bestätigung der Schönrechnerei. Sie müssen es ja wissen. Sie attestieren sich damit selbst, in den letzten Jahren einen schöngerechneten Haushalt verabschiedet zu haben. Damit kann wohl niemand mehr mit Häme auf die Ablehnungen der SPD in der Vergangenheit reagieren.

Die FDP will das Freibad schließen - und zwar sofort und wegen absoluter Unwirtschaftlichkeit. Dass da die CDU nicht mitmacht, ist doch klar, so kurz nach der Kommunalwahl. Der Betrug wäre zu offensichtlich. Also erhält das Freibad von der CDU nochmal eine Gnadenfrist, anders kann man das nicht bezeichnen.

Die SPD Fraktion will das Freibad dauerhaft erhalten. Wenn wir Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt attraktive Freizeitmöglichkeiten bieten wollen, dann gehört das Freibad - ohne Einschränkung – dazu.

Zynisch werfen Sie uns vor, dass wir das Freibad erhalten wollen, weil wir sozial und kinderfreundlich sind. Meine Herren, wir sind die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Wir müssen uns nicht schämen, dass wir sozial und kinderfreundlich sind. Wir sind sogar stolz darauf, sozial zu sein und keine marktradikalen Turbokapitalisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es konnte nicht damit gerechnet werden, dass die Diskussion über diesen Haushalt in der Bevölkerung auf Zimmerlautstärke geführt wird. Lassen Sie mich deshalb auf ein Thema eingehen, dass in den

vergangenen Wochen wie kaum ein anderes die Gemüter der Menschen bewegt hat: die beabsichtigte Kündigung der Verträge mit den Jugendzentren.

Gute Jugendarbeit einzig aus finanziellen Erwägungen und zur Konsolidierung des Haushalts zu zerstören, ist mit der SPD nicht machbar. Die Vertreter der Trägerverbände waren beide kurzfristig in der Lage, einem Gesprächsangebot der SPD zu folgen. Ausführlich und detailliert haben sie über ihre Arbeit dort berichtet. Diese Informationen hätten sie Ihnen auch gerne gegeben. Aber Sie waren wochenlang nicht erreichbar. Im Erzbistum Köln sind die Vorgänge in Bedburg ohne Beispiel.

Gute Jugendarbeit kostet nicht nur Geld, sie spart mehr Geld an anderer Stelle. Eine Kündigung ist schlichtweg zu kurz gedacht. Ohnehin ist sie überflüssig, weil mit der Übernahme des Jugendamtes die Weichen zwangsläufig neu gestellt werden müssen. So, wie Sie den Jugendzentren gegenüber die Angelegenheit kommuniziert haben, müssen Sie sich über die Schar der Besucher draußen nicht wundern.

Dem Schützenfest in Kaster, bei dem Sie und ich in den vergangenen Jahren regelmäßig zu Gast sein durften, droht großer Schaden. Ursache ist die für die Schützen und auch für den REWE-Marktleiter völlig überraschende Planung, ab demnächst für den Zeitraum von einer Woche auf dem viel zu kleinen REWE-Parkplatz zu feiern. Das ist verständlicherweise so nicht annehmbar. Zur Multihalle sehen die Schützen – trotz der Mängel und Einschränkungen – derzeit keine Alternative. Hier besteht Gesprächs- und Handlungsbedarf – aber kein Bedarf an unüberlegten Schnellschüssen oder einsamen Entscheidungen.

Der Ortsbürgermeister von Lipp bedauert, dass sowohl die Alte Schule Lipp Ihrem Rotstift zum Opfer fallen als auch der Sportplatz in Lipp trotz seiner nachweisbar

hochwassergefährdeten Lage versilbert werden soll. Sie muten diesen Leuten wirklich etwas zu.

Die Finanzierung der Großprojekte durch Kreditaufnahme oder PPP-Modelle nimmt einen stetig wachsenden Anteil am Haushalt ein und bedeutet dadurch eine größer werdende Belastung künftiger Generationen. Das hat mit der von Ihnen so hoch gehaltenen Nachhaltigkeit nichts mehr zu tun.

Gefragt ist ein souveräner Krisenmanager. Zu den wesentlichen Voraussetzungen eines guten Managers gehört Kommunikationsfähigkeit. Auch harte Entscheidungen kann man sozialverträglich mitteilen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Bundeskanzlerin. In diesem Punkt, Herr Bürgermeister, haben Sie versagt. Und ob Sie ein guter Krisenmanager sind, wird von einigen Ratsmitgliedern, nun auch öffentlich, bezweifelt.

#### Zu unserer Entscheidung:

Wir sind alle Parteimitglieder. Passt uns die Haltung unserer Partei zu einer Sachfrage nicht, so treten wir nicht aus, weil wir das Gesamtpaket unterstützen. Trotzdem kann es in einzelnen Fällen vorkommen, und das haben sie alle bereits erlebt, dass eine einzige Sachfrage so hoch gewichtet wird, dass das Gesamtfundament gestört ist. So geht es uns auch bei diesem Haushalt. Es gibt einige Ratsvertreter der SPD, die, zwar mit einer Faust in der Tasche dem Haushalt zustimmen könnten und andere, denen eine oder zwei Einzelfragen so erheblich erscheinen, dass sie dem Haushalt insgesamt nicht zustimmen können.

Letztlich ausschlaggebend für die Ablehnung der SPD Fraktion zu diesem Haushalt ist unsere Auffassung, dass nur durch Sie, Herr Bürgermeister, die Zahlen in diesem Haushalt und die daraus für die Bürger resultierenden Entscheidungen zum Teil

willkürlich und ohne fundierte Grundlage getroffen wurden. Das war während der Haushaltsberatung nicht nur für mich ein signifikantes Schlüsselerlebnis. Den Vorwurf der Schönrechnerei können wir deshalb in vielen Punkten nachvollziehen.

Wir möchten auch einen Nothaushalt vermeiden - ein Nothaushalt wäre tragisch. Aber letztlich ist es genauso tragisch, einen Haushalt mit Halbwahrheiten zu verabschieden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie gleich dem Haushalt zustimmen werden, sicher haben Sie Ihre Gründe dafür. In der Solidität des Haushalts können diese jedenfalls nicht liegen.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeitern der Verwaltung, und ganz besonders bei Herrn Baum und Herrn Eßer für die Arbeit an diesem Haushalt, die in diesem Jahr sicherlich außergewöhnlich war.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.